

# AUF ZU NEUEN UFFERN.

- Wenn im Aufruf zur heutigen Demonstration von Freiräumen gesprochen wird, so klingt dies wie ein Versprechen, welches in den gegebenen Verhältnissen nicht einzulösen ist. Jede Möglichkeit zur Entwicklung von gelebten Theorien wird anders genutzt und kann pauschal auch nicht unter einen Begriff gezaubert werden. Die gelebten Konstruktionen werden in den autonomen Himmel gehoben und die Realität ausgeblendet. Die von den NutzerInnen selbst eingeforderte Kritik an Deutschland und den herrschenden Verhältnissen wird nicht einmal ernsthaft formuliert, wenn von Staat und Gesellschaft gleichermaßen versucht wird, den gebotenen angeblichen Alternativen zu all dem die Existenz zu entziehen. Die Rückzugsmöglichkeiten in Form von Wohnprojekten und Zentren werden geschlossen und statt entgültig die Konsequenz aus diesen Tatsachen zu ziehen, werden die Räume, die eigentlich zur Kritikbildung genutzt werden sollten zu Stätten, in denen Schulterchluss mit der Gesellschaft und ihren Bedürfnissen geübt wird. -

Dass Autonome Zentren und linke „Freiräume“ Perspektiven von emanzipatorischer Kapitalismuskritik eröffnen könnten steht natürlich außer Frage, jedoch ist es fernab der Realität zu behaupten, dass diese Räume ein Entkommen aus der kapitalistischen Verwertungslogik bedeuten. Auch in diesen Zentren herrschen bestimmte Regeln, deren Einhaltung von höchster Wichtigkeit für ein Zusammenleben sind. Ebenso wie Regeln zum Miteinander überlebenswichtig sind, kann auch keines dieser Angebote ohne warenförmige Vergesellschaftung existieren. Auch wenn ihr Anspruch ein Anderer ist, kommen sie zwangsläufig den Verwertungsprinzipien in die Mühlen. Es wäre utopisch zu glauben, die Gesellschaft würde tatsächlich ausgesperrt und hätte keine Chance diese Veranstaltungsorte zu dominieren. Oft werden gerade aus dem Glauben heraus etwas „Freies“ schaffen zu können, den abgelehnten Normen andere entgegengesetzt, die blind, schlicht das Gegenteil von dem darstellen, was in der Gesellschaft „draußen“ als negativ identifiziert wurde. Ohne an die Auswirkungen zu denken wird versucht etwas zum Leben zu erwecken, das unter den geschaffenen Umständen nicht zu dem gewünschten Ziel führt. Der pragmatische Nutzen solcher Räume sollte also nicht darüber hinwegtäuschen, dass der prinzipielle Anspruch in diesen nicht immer fortschrittlich, emanzipatorisch, sondern durchaus auch reaktionär und unreflektiert daher kommen kann.

Auf der anderen Seite führen die Schließungen und die allgemeinen Zwänge denen diese Zentren unterliegen, seltsamerweise zur Anbiederung der NutzerInnen an die Gesellschaft, mit dem „jetz ma uffgehört“ werden soll. Somit kann gar keine Kritik an den deutschen Verhältnissen formuliert werden, denn genau diese werden gar nicht erst als Auslöser der Entwicklung erkannt oder formuliert.

Das Phantom der guten Gesellschaft, die von den machtgeiligen und geldgeilen Geschäftsleuten dirigiert werde, und deren Entscheidungen über den Rechten der bürgerlichen Gesellschaft stehen würden, muss aufrecht erhalten werden, um einen Adressaten für die Bitten nach Erhaltung der „Freiräume“ darstellen zu können.

Die inhaltslosen Phrasen die gegen Deutschland ins Gefecht geschickt werden, sind vielmehr ein Pochen auf das Recht eine Nische in der Gesellschaft einnehmen zu dürfen die von großem Wert für eben diese sein soll. Eine Art Sozialarbeit wird angepriesen, die angeblichen AussteigerInnen aus der Verwertungslogik einen Platz bietet, sich wieder einzubringen, in die anscheinend zwanglose Gesellschaft im Kleinen. Allein die Existenz der Verhältnisse, aber, die jede/n Einzelne/n immer dazu zwingen als variables Kapital zur eigenen Verwertung zur Verfügung zu stehen, liefern schon jeden Tag den Grund für Kritik an den herrschenden Zuständen. Den Anlass, dafür zu kämpfen sich dieser Verhältnisse entledigen zu können und nicht, es sich in den geschaffenen Nischen so bequem wie möglich zu machen.

Sollen also die gesamtumfassenden Zwänge von heute abgeschafft werden, so gilt es ihnen eine allumfassende Kritik entgegen stellen zu können, und nicht, sich in der von Zwang durchsetzten Gesellschaft einzurichten.

Wenn im Aufruf zur heutigen Demonstration das Einzige, was am Kapitalismus kritisierenswert erscheint, die „unmenschlichen Produktionsverhältnisse“ sind, legt das den Gedanken nahe, dass die zur Verfügung stehenden „Freiräume“ eben nicht zwangsläufig dazu genutzt werden sich tatsächlich mit fundierter Kritik zu befassen. Der Rückzug ins autonome Traumland, fern ab von Kapitalismus und beseelt von der Verteufelung des Reichtums ist kein Schritt zur Verbesserung der Zustände.

Ein Fehlschluss ist es ebenfalls zu glauben, eine „Gefahrenabwehrverordnung“, wie sie nicht nur in Gießen in Kraft ist, sei gänzlich unerwünscht und diene nur einer kapitalversessenen Oberschicht, die alles, was keine Kaufkraft besitzt aus der Bahn geräumt sehen will. Die freiwilligen HilfspolizistInnen wachsen nicht auf Bäumen und die Befürwortung in der Bevölkerung für die Maßnahmen, welche die heimischen Bürgersteige sauber halten sollen ist enorm. Das Wahlprogramm hat gezeigt worauf die WählerInnen reagieren, und daraus resultierten die Maßnahmen, die einer Gesellschaft, die Angst vor dem Verlust der eigenen Kapitalkraft hat, den Rücken frei halten sollen. Nicht Jeder sieht also die „Verschönerung“ der Strassen und den Erhalt der Attraktivität „seines“ Daseins als die größte aller Bedrohungen an.

Das Bitten um Anerkennung der wertvollen Arbeit am „Sozialprojekt“ deutsche Gesellschaft macht demnach wenig Sinn, denn die Ablehnung ist denen gewiss, die sich von den gängigen Bedürfnissen lossagen möchten. Auf Akzeptanz und Unterstützung zu hoffen ist müßig und steht in keinem Verhältnis zu dem nach Außen vertretenen Anspruch einer Freimachung von den Zwängen, das hätte längst erkannt sein sollen.

Trotz allem gilt es Möglichkeiten zur Schaffung eines Bildungsraumes zu erhalten. Die Idee an sich ist es wert erhalten und ausprobiert zu werden. Was daraus zu machen die Menschen in der Lage sind, ist abhängig vom jeweiligen Anspruch an ein besseres Leben.